

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cudenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormärts

Berliner Volksblatt

Beilage und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vormärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cudenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2501

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Reichskabinett und Länderminister.

Amlich wird mitgeteilt:

Heute vormittag fand eine gemeinsame Besprechung der Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit dem Reichskabinett über die Frage der Einstellung des passiven Widerstandes statt. Nach einer Darlegung des Reichskanzlers brachten die Vertreter der Länder ihre Auffassung zum Ausdruck. Es ergab sich vollkommene Übereinstimmung darüber, daß der passive Widerstand aus innenpolitischen, vor allem finanziellen Gründen abgebrochen werden muß. Ebenso war man übereinstimmend der Ansicht, daß es Absicht und Aufgabe der Reichsregierung sei, den Abbruch des passiven Widerstandes in einer der Würde und Ehre des deutschen Volkes entsprechenden Weise vorzunehmen.

Gegenüber etwaigen Versuchen, die Einheit des Reiches anzutasten, erklärten alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder ihren festen Willen, die Einheit des Reiches als unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.

Die Besprechung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der deutschen Staaten hatte heute vormittag um 10 Uhr begonnen. Eine endgültige Entscheidung wird die Reichsregierung erst nach dieser Besprechung und nach Zuhilfenahme mit den Parteiführern treffen. Die formelle Entscheidung soll heute abend in einer Kabinettsitzung erfolgen. Ein Hauptgrund zum Abbruch des passiven Widerstandes sind die ungeheuren finanziellen Lasten. Wenn der heftige Ministerpräsident in einer Rede hierauf hingewiesen und davon gesprochen hat, daß der Ruhrwiderstand wöchentlich 1000 Billionen Mark koste, so ist diese Angabe leider viel zu gering. In den laufenden Besprechungen hat der Reichskanzler auf Grund der Feststellungen des Reichsfinanzministeriums den Kostenbetrag für die kommende Woche auf acht-

tausend Billionen Mark angegeben. (Tatsächlich droht an einer ganzen Reihe ausländischer Börsen die Gefahr, daß die Mark von der Notierung vollkommen ausgeschaltet wird.)

Den rechtsstehende Zeitungen behaupten, daß zu der gestrigen Besprechung nicht die wirklich berufenen Vertreter der Rhein- und Ruhrbeobolterung eingeladen, sondern eine Auswahl getroffen sei, so steht fest, daß die Einladungen nach der vom Kabinett Cuno übernommenen Liste erfolgt sind und genau dieselben Vertretungen eingeladen wurden, wie seinerzeit vom Kabinett Cuno!

Ein Wink nach Bayern.

Die Reichsregierung hat allen in Betracht kommenden Dienststellen im ganzen Reich folgenden telegraphischen Befehl zugesandt:

„Im Fall von inneren Unruhen haben alle Reichsbehörden und Reichsbeamten ausschließlich den Anordnungen der Reichsregierung Folge zu leisten. Etwa erforderliche Notverordnungen über die Dienstpflicht erläßt der Herr Reichspräsident.“

Die Plenarsitzung des Reichstages, die für morgen berufen war, ist um einen Tag verschoben worden. Sie ist endgültig auf Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt, und zwar mit derselben Tagesordnung, wie in Aussicht genommen war. Voraussetzungen werden ohne wesentliche Erörterungen die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände zur Ausschussberatung überwiesen werden. Dr. aber der Präsident sich vorbehalten hat, noch weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, ist es nicht ausgeschlossen, daß es zu weiteren Verhandlungen kommt, falls der Vorkonferenzrat, der morgen um 1 Uhr mittags zusammentreten wird, dies beschließen sollte. Der auswärtige Ausschuss ist für morgen nachmittags um 4 Uhr berufen worden.

Was wird Frankreich tun?

Paris, 25. September. (WFB.) Das gestern in Berlin angenommene Kommuniqué über die Verhandlung mit Vertretern des besetzten Gebietes, wird von den Morgenblättern veröffentlicht, aber nicht von allen kommentiert, da es zu spät in Paris eingetroffen ist. Das „Echo de Paris“ fragt, ob die Regierung Stresemann, mit der Frankreich die wichtige Frage der neuen Reparationsregelung zu verhandeln haben würde, das Recht und die Macht habe, im Namen des gesamten deutschen Volkes zu sprechen. (Red.) Man werde Stresemann nach seinen Taten beurteilen. Es werde statt von General Ludendorff und den bayerischen Anhängern Hilters bedroht. Werde er sie niederhalten können? Das sei eine ernste Frage. Von der Antwort, die die Ereignisse hierauf erteilen würden, hänge viel ab. Welches aber auch die Wendung sei, die die Entwicklung nehmen werde, Frankreich müsse zuerst auf der aufrichtigen Zurücknahme aller Ordonnances bestehen, die den passiven Widerstand organisiert hätten. Diese Ordonnances erreichen die Zahl von einigen hundert, wenn man richtig unterrichtet sei. Die Veränderung der Haltung der deutschen Regierung werde sich wahrscheinlich in Unruhen zeigen. Frankreich müsse also wachsam sein, damit durch diese Unruhen nicht eine neue, subtilere Offensive als die alte Offensive gegen es ergriffen werde. Am auf den Ruinen eine neue Ordnung wiederherzustellen, sei es notwendig, daß die Befehlsmächte unverzüglich mit den Deutschen eine Art provisorische Regelung treffen oder einen Waffenstillstand schließen, für dessen Abschluß die Vertreter in Koblenz die geeigneten Männer seien.

„West Parisien“ schreibt, das erste Problem, das aufgeworfen werde, sei rein deutsch. Es handele sich darum zu wissen, ob die von der deutschen Regierung getroffene Entscheidung Unruhen hervorgerufen werde. Gewisse Symptome ließen ein Unterenehmen der Reichsparteien befürchten. Die Gefahr sei übrigens der deutschen Regierung bekannt, die Vorsichtsmaßnahmen ergriffen habe. Das zweite Problem sei internationaler Art. Das Ende des passiven Widerstandes werde es Frankreich und Belgien gestatten, die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Zu gleicher Zeit wäre auch eine Aussprache unter den Alliierten notwendig. Das sei im Laufe der Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin ins Auge gefaßt worden. Diese Verhandlungen könnten, so möchte man hoffen, zu einer allgemeinen und definitiven Regelung des Reparationsproblems führen.

Das „West Journal“ fährt aus: Man werde jedenfalls nur eine Opposition seitens des bayerischen Ministerpräsidenten gegen die in Berlin getroffene Entscheidung zu befürchten haben. Aber die Opposition werde, wie es scheint, die Entscheidung, die von den berufenen Vertretern des besetzten Gebietes getroffen worden sei, nicht zu Fall bringen können.

„Deuore“ sagt, der Reichskanzler habe die Initiative dazu ergriffen, den Vertretern der politischen Parteien und den wirtschaftlichen Interessenten des besetzten Gebietes die Einstellung des passiven Widerstandes vorzuschlagen. Er habe nicht gezögert zu erklären, daß die Regierung allein die Initiative ergriffen habe. Die Verantwortung hierfür zu übernehmen, sehe in der heutigen Zeit einen gewissen Mut voraus, den man hervorheben möchte. Zum ersten Male seit vier Jahren zeige sich ein Reichskanzler fähig, eine Aufgabe zu übernehmen, welche die Aufgabe eines wirklichen Regierungschefs sein möchte. Welches auch die Entscheidung der Ver-

treter der Länder sein werde, der passive Widerstand sei nunmehr zu Ende. Vergeblich würden die nationalistischen Gruppen, besonders in Bayern, den Versuch machen, zu widerstehen. Der Zustand des passiven Widerstandes sei also beendet, und die Diskussion über die Ruhrfrage könne beginnen. Frankreich werde sich endlich mit der an sich ernstlichen Sache, nämlich der Reparationsfrage, beschäftigen. „Deuore“ hofft, daß es für diese Verhandlungen bereit sei.

Die Wiederannahme der Arbeit.

Paris, 25. September. (EE.) Wie dem Gaulois von sachverständiger Seite geschrieben wird, könne damit gerechnet werden, daß nach Aufhören des passiven Widerstandes die Bergarbeiter entsprechende Kohlenmengen fördern würde. Auch die technischen Direktoren würden ihren Dienst wieder antreten. Infolgedessen könne man annehmen, daß die Alliierten wieder genügende Kohlenmengen erhalten würden. Die militärische Befehung der Zechen bleibe bis zum Eintreffen neuer Befehle aufrechterhalten. Vielleicht würde die Befehung weniger sichtbar gemacht werden, falls man die Ueberzeugung habe, daß die Ruhe nicht gestört werde. Die Verwaltung bleibe ebenfalls nach wie vor in der Hand der Alliierten, obgleich einzelnen Beamten vielleicht die Rückkehr gestattet werden würde. Wenn auf diese Weise ein fester Zustand wieder geschaffen sein würde, würden die Alliierten untereinander sich über ein Reparationsabkommen einigen. Nach erfolgter Einigung würde dann an Deutschland die Aufforderung ergehen, sich zu diesem Abkommen zu äußern. Jetzt schon könne allerdings gesagt werden, daß das Programm Stresemanns in seiner ursprünglichen Form nicht angenommen werden würde. Die Reparationskommission müsse immer das Recht behalten, produktive Garantien für die Reparationszahlungen zu ergreifen.

Englische Anleihegerüchte.

London, 25. September. (U.) Baldwin wird sich in seiner Donnerstagsrede auf die Erklärungen beschränken, die englische Diplomatie habe die deutsche Regierung stets gewarnt, daß sie keine Hilfe zu erwarten habe. Dabei lauten Gerüchte um, die Regierung plane, wenn Frankreich einiges Entgegenkommen zeige, eine Kreditaktion durch Einsetzen der ganzen Macht der englischen Finanz zur Ermöglichung einer internationalen Anleihe. Auch wird versichert, Baldwin habe bei seinen Besprechungen diese Absicht zum mindesten durchblicken lassen. Bisher ist amtlicherseits weder eine Bestätigung noch Widerlegung dieser Darstellung zu erlangen.

Der junge Baldwin Sozialist. Während der englische Premierminister sich in seiner französischen Sommerfrische auf den Besuch bei Poincaré vorbereitete, vollzog sein Sohn Oliver Baldwin in London offiziell den Anschluß an den Sozialismus, indem er sich in die Liste der Arbeiterpartei eintragen ließ. Er hat die Absicht, sich bei den nächsten Wahlen als Kandidat der Arbeiterpartei aufstellen zu lassen.

Dollarkurs 121 Millionen.

Nach einer Mitteilung der Reichsbank ist der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars heute 121 Millionen Mark.

Aufbau, nicht Abbau!

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

Tagespresse und Zeitschriften haben sich wieder einmal vereinigt zu einem kongenitischen Vorstoß auf die letzten aus der Kriegszeit stammenden Bollwerke gegen den privaten Eigentum. „Nieder mit der Zwangswirtschaft!“, so lautet die Parole auf dem ganzen Felde. Leider hören wir diese Parole auch von Sozialisten aussprechen oder solchen, die es sein wollen. Gewiß, man braucht als Sozialist kein Freund der Zwangswirtschaft zu sein. Was wir erstreben, ist die Gemeinwirtschaft, die alles andere, nur nicht Zwangswirtschaft sein soll. Solange aber die Gemeinwirtschaft nicht verwirklicht ist, brauchen wir eine starke Schutzwehr gegen die Dolchstöße des Privatkapitals, eine Schutzwehr, die für das Wohl der Volksgesamtheit heute nicht weniger bedeutsam ist als 1914.

Wie lagen die Verhältnisse zur Zeit der Geburtsstunde der Zwangswirtschaft? Ist unsere Lage heute glänzender als 1914? Hat nicht der Reichskanzler die dem Abgrund zusteuernde Entwicklung unserer Wirtschaft klar gekennzeichnet? Leben wir nicht in einer Zeit, in der mehr auf dem Spiele steht als 1914?

Welche Wirkung hatte die Zwangswirtschaft des Krieges? Wir schlossen den Frieden bei einem Dollarstande von 7 bis 8 Mark. Heute werten wir den Dollar mit mehr als 100 Millionen Mark. Der Weltkrieg hat physische und materielle Opfer gekostet. Was indessen die wiederauflebende privatkapitalistische Wirtschaft an ideellen und materiellen Opfern gefordert hat, das hat noch niemand nachgerechnet. Die Bilanz dürfte aber nicht weniger schlecht ausfallen als die Kriegsbilanz. Wären wir weniger vornehmlich zum Abbau der Zwangswirtschaft geschritten, wir ständen heute besser da denn je. Die Zwangswirtschaft ist wirklich besser als ihr Ruf.

Nun erhebt sich in den Kreisen der Interessenten die verstärkte Anklage gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen. Beseitigung der Zwangsmieten, Beseitigung der Baukostenzuschüsse, das ist jetzt die Parole. Nachdem die Zwangswirtschaft auf den lebenswichtigsten Gebieten des menschlichen Bedarfs, nämlich bei der Kleidung und bei der Nahrung beseitigt worden ist, konzentriert das Privatkapital alle Kräfte auf die Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungs- und Bauwesen. Man bemüht sich, in der Öffentlichkeit zunächst eine Stimmung gegen die Mietbeschränkungen und Baukostenzuschüsse zu schaffen, ohne sich auch nur im entferntesten die Konsequenzen zu überlegen, die nach der Beseitigung der Zwangsmieten und der Baukostenzuschüsse für den Wohnungsmarkt und die Wirtschaft schlechthin eintreten müssen.

Wasser auf die Mühle des Privatkapitals war eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding, die er am 14. September im Reichswirtschaftsrat gehalten hat. Der Reichsfinanzminister wandte sich — und mit Recht — gegen die Unterstufungswirtschaft, die heute auf Kosten des Reichs zugunsten privater Volkskreise betrieben wird. In diesem Zusammenhange wies er auch auf die „finanziell unerträgliche und rasch zu beseitigende Wirtschaft mit den Baukostenzuschüssen“ hin. Das Privatkapital hat diesen Satz sofort aufgegriffen und trostlos die Beseitigung der Zwangsmieten und der gemeinwirtschaftlichen Finanzierung der Wohnungsneubauten aus Mitteln der Wohnungsbauabgabe in Aussicht gestellt. Was das der Gedankengang des Reichsfinanzministers? Wir wagen daran zu zweifeln. Wir können nicht glauben, daß Dr. Hilferding die Verantwortung für die Beseitigung der Zwangsmieten und für die Einführung der freien Wirtschaft auch beim Wohnungsneubau übernehmen wird. Was er gemeint hat, ist an sich klar. Die durch die Wohnungsbauabgabe nicht gedeckten Reichszuschüsse für den Wohnungsbau müssen fallen. Darin stimmen wir mit ihm vollkommen überein. Auch wir sind der Ansicht, daß das Reich die Mittel für den Wohnungsbau nicht aus der Rentenpresse ziehen darf. Die Wohnungswirtschaft muß sich selbst tragen. Das ist ein fundamentaler Grundsatz der Gemeinwirtschaft. Die Mittel für den Wohnungsbau müssen darum durch eine Wohnungsbauabgabe gedeckt werden, die, wie das die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages schon vor zwei Jahren gefordert hat, auf Goldmark gestellt und so hinreichend bemessen wird, daß aus ihr mindestens jährlich 100 000 Wohnungen neu erbaut werden können.

Daß der Reichsfinanzminister mit seinem Hinweis auf die zu beseitigende Wirtschaft mit den Baukostenzuschüssen nicht die Beseitigung der gemeinwirtschaftlichen Finanzierung des Wohnungsbaues gemeint haben kann, geht klar aus seiner Stellung zur Wohnungsbauabgabe in der Sozialisierungskommission hervor, wo er im April 1922 wörtlich sagte: „Wenn es aber ein Gebiet gibt, auf dem die Zwangswirtschaft tatsächlich möglich ist, wenn sie vernünftig gehandhabt wird, so ist es das Gebiet des städtischen Wohnungsbauwesens, und zwar deswegen, weil es sich hier im Gegenfalle zu anderen Wirtschaftszweigen um ein Monopol handelt, noch dazu um ein Monopol ganz bestimmter Art. Es handelt sich hier um ein nicht beliebig vermehrbares Gut und um einen Wirtschaftszweig, dessen Reinertrag der Hauptsache nach nationalökonomisch aus Grundrente besteht.“

Nicht weniger verfehlt wäre es, dem Reichsfinanzminister die Ansicht zu unterstellen, daß er ein Gegner der produktiven Erwerbslosenfürsorge wäre und es ablehnen müsse, Reichsmittel für den Baumarkt aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen. Wohl hat der Reichs-

Finanzminister darauf hingewiesen, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge 8—10mal höhere Mittel erfordert als die Erwerbslosenunterstützung. Dieser Hinweis ist an sich richtig. Falsch wäre aber die Schlussfolgerung, daß es besser wäre, demoralisierende Arbeitslosenunterstützung als 8—10mal höhere produktive Erwerbslosenfürsorge zu zahlen. Der Reichsfinanzminister hat sich über diese Frage in der Aprilsitzung der Sozialisierungskommission gleichfalls geäußert und darauf hingewiesen, daß die Bauarbeiter nicht leicht in andere Berufsweige zu überführen sind, und daß das Brachliegen der Kräfte der Bauarbeiter ein Brachliegen anderer Arbeitskräfte in allen anderen Industriezweigen nach sich zieht. Er betonte, daß das Bauen darum keine Verschwendung, sondern das beste und ökonomischste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei.

Mit diesem Hinweis hat der Reichsfinanzminister vollkommen das Richtige getroffen. Die höheren Ausgaben für die produktive Erwerbslosenfürsorge entstehen im wesentlichen nur durch die Verarbeitung von Materialien aller Art und fernerhin durch den Aufwand an Geschäftskosten und an Unternehmergewinnen. Das Material enthält aber in der Hauptsache nur Löhne und Gehälter. Das gleiche trifft für die Geschäftskosten zu. Der Ankauf und die Verarbeitung von Material bedeutet nur, daß der Verkauf in der haustoff-erzeugenden Industrie auf natürliche Weise durch fortlaufende Beschäftigung seiner Arbeiter und Angestellten vermieden wird. Wenn das Reich wirklich produktive Erwerbslosenfürsorge auf volkswirtschaftlicher und ökonomischer Grundlage betreiben will, dann braucht es nur solche Bauten zu finanzieren, die einen volkswirtschaftlichen Reiz enthalten und das sind Wohnungsbauten. Die Reichsmittel, die hierfür zur Verfügung gestellt werden, brauchen kein fortgeworfenes Reichsgeld zu sein. Die Mittel können als rückzahlbare Goldkredite gewährt und zugunsten des Reiches hypothekarisch sichergestellt werden. Das Reich hätte lediglich für eine gewisse Zeit des Ueberganges zu einer normalen Wirtschaft auf den Goldzinsfuß zu verzichten und sich mit einem Zinsfuß von — sagen wir — 0,2 Proz. zu begnügen. Dieser Zinsfuß würde indessen der Befruchtung unserer Wirtschaft entsprechend nach und nach auf 5 Proz. zu steigern sein.

Bei der Verwendung derartiger Reichsgelder hätte das Reich sich nur vor der Ueberschuldung durch das Privatkapital zu schützen. Die ungerechtfertigten Unternehmergewinne müssen bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeschaltet werden. Der Reichsfinanzminister hat in der Sozialisierungskommission aber auch hierfür einen klaren Weg gewiesen. Er empfiehlt, die Reichsmittel einer gemeinnützigen Gesellschaft zuzuführen und sie von dieser wiederum in gemeinnützigen Baubetrieben verarbeiten zu lassen. Der ADGB und der AFL-Bund haben kürzlich den Beschluß gefaßt, eine Reichswohnungsfürsorgegesellschaft für Angestellte und Arbeiter zu gründen, deren vornehmster Zweck es sein soll, die dem Wohnungsbau zustehenden Mittel der Allgemeinheit unter Ausschluß eigennützigen Gewinnstrebens dem Bau von Wohnungen für die minderbemittelten Volksklassen zuzuführen. Das Reich kann sich also bereits auf vorhandene Organisationen bei der Verwendung der Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge stützen. Warum zieht man diese Organisationen für die Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung nicht heran? Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeiterschaft und die Angestellten Löhne und Gehälter lieber für produktive Arbeit als für Nichtstun in Empfang nehmen, und auch das Reichskabinett sollte sich einmal die Rechnung vormachen, was volkswirtschaftlich wichtiger ist, Arbeitslosenunterstützung an Bauarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter usw. für r u b e n d e Arbeitskräfte auszuwerfen oder aber wertbeständige Goldkredite für die Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise, die in ihrem jetzigen Stadium eine politische Krise ersten Ranges ist, durch die Hand einer von den Arbeitern und Angestellten selbst geschaffenen Gesellschaft zu leiten.

Der Sprechende Film.

Von Billy Rabus.

Wunder über Wunder geschehen in der Technik und noch ist kein Ende abzusehen. Trotz allen Elends sind die Erfinder mit grenzenloser Hingabe an der Arbeit, technische Werte, neue Uebertragungen zu schaffen. Jetzt ist es gelungen, das Problem des Sprechenden Films zu einem an Vollkommenheit grenzenden Abschluß zu bringen.

Bis vor kurzem begnügte man sich damit, auf dem Film Rotenstreifen abzubilden, um dem Dirigenten, der Kapelle oder den Sängern die Möglichkeit zu geben, sich nach den Bildern auf der Leinwand richten zu können. Wie ist hierbei eine befriedigende Uebereinstimmung zwischen Bild und Ton erzielt worden. Vor allem störten die Mundbewegungen der Darsteller, die sich nicht dem gehörigen Text anschließen konnten. Oder man hat rein mechanisch ein gleichzeitiges Arbeiten des Phonographen und des Films erreichen wollen. Auch hierdurch ist kein befriedigendes Ergebnis erzielt worden. Erst die Erfindung des wirklichen Sprechenden Films, bei dem der Ton genau so wie das Bild auf dem Filmstreifen abgebildet ist, führte nun zu einer auch ästhetisch befriedigenden Lösung. Diesen neuen Weg haben drei Männer: Hans Bogy, Joseph Masolle und Dr. Joe Engl eingeschlagen. Sie entdeckten in den Glühstäben der Neonröhre ein trägheitsloses Mittel zur Aufzeichnung des Schalles. Durch diese Stäbchen wird die sie umgebende Atmosphäre für elektrische Ströme leitend gemacht. Der „Kathodophon“ genannte Tonaufnahmegerät besteht aus einem Schalltrichter mit Membran, hinter dem die Glühstäbchen eingebaut sind. Eine Glühlampe (Ultra-Frequenzlampe) nimmt den Schall photographisch auf. Sie verwandelt ihn in elektrischen Strom und überträgt diesen durch einen Spalt unverändert auf einen Film, auf dem sie sich als mehr oder minder starke Schwärzungen abzeichnen. Der zur Speisung der Glühlampe verwendete Gleichstrom muß zu diesem Zweck durch einen Röhrenverstärker um das 1000fache verstärkt werden. Ton und Bild werden durch zwei besondere Kameras aufgenommen. Das Tonaufnahmegerät wird wie jeder normale Film entwickelt und später auf den Bildstreifen übertragen. Die Uebertragung erscheint als eine schmale Vintenlinie außerhalb der Vergrößerung des Bildstreifens. Die photographierten Töne werden nun durch ein umgekehrtes Verfahren zum Sprechen gebracht. Das wird durch Vermittlung einer photoelektrischen Zelle erreicht, wie sie bisher schon die Astronomen bei ihren Himmelsaufnahmen verwendet. Die Tonaufzeichnungen auf dem Filmbande werden von einer stets gleichbleibenden Lichtquelle bestrahlt, die hinter einem optischen System angeordnet ist. Die mehr oder minder starke Schwärzung des Tonstreifens vermindert oder verstärkt das auf treffende Licht, das durch einen Spalt auf den Kaliummetallbelag

Heuchler.

Die Steuerfabotenz für weitere Opfer.

Das geringe Echo, das die kriegerischen Trompetentöne der Hergt und Genossen im Lande finden, enthüllt die Schwäche ihrer heuchlerisch demagogischen Angriffe. Fragt man sie nach den Mitteln, mit denen ein weiterer Kampf geführt werden soll, dann antworten sie geheimnisvoll mit Andeutungen, deren Dunkelheit vergeblich die Lächerlichkeit der Argumente zu verbergen sucht. Sie wissen selber genau so gut wie jeder andere, wie die Dinge liegen, aber als echte Patrioten halten sie es für ihre Pflicht, die Stunde für ihre Parteidemagogie auszunutzen. Die „Kreuzzeitung“ versichert, daß an der Ruhr jedermann im passiven Widerstand verharren wolle und bemerkt dann beiläufig so ganz am Rande:

Freilich, ohne finanzielle Hilfe wird dies nicht möglich sein. Deutschland muß weitere Opfer bringen können. Jeder einzelne muß sich aber sagen, daß er viel eher alles hingeben kann für die Befreiung seines Vaterlandes, sei es, daß es sich um die Fortführung des passiven Widerstandes handelt oder um noch Größeres, als für die zwecklosen Tributleistungen an den erpresserischen Feind.

Man staunt. Landaus — landein sind die Apostel deutschnationaler Organisationen, Landbünde usw. gezogen und haben gegen die „marginalistischen“ Steuern gezetert, die die Substanz aufzehren usw. Es stellt sich heraus, daß selbst diese „fürchterlichen“ Steuern und selbst ihre Verzehrhaftung oder Verhundertfachung das Loch an der Ruhr nicht stopfen können. Das macht nichts. Man schimpft auf die Regierung, labt sich an Selbstbeskräften, man schimpft auf die Regierung, die aus der Finanzlage des Reiches die Konsequenzen zieht — und erklärt stolz — es müssen (fraglich von wem!) „weitere Opfer“ gebracht werden. Erbärmlicher ist im politischen Kampfe kaum je geheuchelt worden, als von dieser sich „national“ nennenden Gesellschaft.

Warum sie opponieren!

Die „Deutsche Tageszeitung“ opponiert gegen alles und jedes. Nichts ist ihr recht. Außen- und innenpolitisch hat nach ihr die Regierung verlagert. Man sucht vergeblich in den Spalten des Agrarierblattes nach einer einzigen positiven Andeutung, wie denn eigentlich die Dinge gemeinert werden sollen. Es wird eben in „Opposition aus Grundsat“ gemacht. Auch die Währungspläne finden keine Gnade vor den weitverstandigen Augen der „Tageszeitung“. Daß die Uebergangswährung für die kritische Zeit bis zur Stabilisierung des Etats dem Reich zur Verfügung stehen sollte, ist nach ihrer Meinung unerhört. Was kümmert sie auch das Reich! Mag es doch zugrunde gehen, die „bodenständige Landwirtschaft“ lebt auch ohne Reich!

Damit werden die wahren Absichten, die dem Projekte von Regierungsseite zugrunde liegen, in überraschend naiver Weise enthüllt. Das neue Institut würde nach den Plänen der Regierung nichts weiter darstellen als eine gigantische Steuererhebungsmaschine, durch welche die Werte der deutschen Wirtschaftslage erhöht und weitergeleitet würden, einmal in die Hände der Regierung zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Staatsapparates, andererseits in die Hände der Reparationskommission zur Befriedigung der Forderungen. Diese offen zu Tage getretenen Regierungsabsichten müssen auf das nachdrücklichste festgehalten werden, denn sie enthüllen die Ziele, die die Regierung bei der Ausstellung im Auge hatte.

An dieser Kritik dürfte auch interessant sein, daß sie die Ziele enthüllt, die die Opposition bei der Ausstellung ihrer demagogischen Angriffe im Auge hat. Man lehnt jede Erschlängelungspolitik ab, trotzdem der Versuch, sich ihr zu entziehen, für jedermann offenkundig zusammengebrochen ist, und man bewilligt keine Mittel zur „Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Staatsapparates“. Das ist wenigstens deutlich und schafft Klarheit. Es wäre nur gut, wenn die Herrschenden von rechts, das immer deutlich sagten und ihre wahren Umsturzgelüste nicht immer durch Redensarten zu bemänteln suchten.

Bayerischer Faschismus.

Strafexpeditionen nach italienischem Muster.

München, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Vor einigen Wochen wurden von den Kommunisten unter der Arbeiterschaft des Maschinen-Kraftwerkes proletarische Hundertkämpfe ins Leben gerufen. Sie boten den Münchener Nationalaktivisten die erwünschte Gelegenheit, in Rache „Ordnung zu schaffen“, wozu für den letzten Samstag zwei Bataillone des dem Kampfbund angehörenden Korps „Oberland“ mobil gemacht wurden. Andere Organisationen, darunter die Organisation „Berwolf“ sollten ebenfalls bei der „inneren Reinigung“ mitwirken. Im Oberland war eine Anordnung ergangen, an Ausstattungsgegenständen mitzunehmen: Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Munition, Handfeuerwaffen, Gummiknäppel und Schlagringe. Führer der geplanten Strafexpedition, die die Reise in einem Sonderzug der privaten Nariabahn machen sollte, waren Oberleutnant Weber, Hauptmann Müller und Hauptmann Desterreicher. Als nun am Samstagabend die bewaffneten Bataillone am Hauptbahnhof in München den Extrazug bestiegen wollten, wurde ihnen vom Bahnpersonal erklärt, daß der Zug nicht abfahren werde. Einmütig lehnten die Eisenbahner den Transport ab. Sie hoben durch ihr entschlossenes Eingreifen zweifellos die gemeingefährlichen Absichten dieser vaterländischen Landstreiche vereitelt. Um nun ihren Latendrang dennoch zu stillen, zogen die Oberländer in einzelnen Trupps durch die südlichen Stadtteile Münchens, die in der Hauptsache von Arbeitern bewohnt sind und übten mit ihren Waffen ein wahres Schreckensregiment aus. Nach einer Darstellung der „Münchener Post“ wurden ganze Straßenzüge abgesperrt und blindlings aus Korobinern und Pistolen geschossen. Die Straßenzüge mußten die Arbeiter einstellen. Die Einwohner der belagerten Straßenzüge wurden aufgefordert, die Fenster zu schließen. Dieser Aufforderung folgten sofort Schüsse. Zahlreiche Einschüsse an die Hauswände zeigten, daß es sich nicht etwa lediglich um Schreckschüsse handelte. Der gesamten Einwohnerzahl des belagerten Stadtteiles hatte sich beargwöhnend eine unehrerliche Kufnung bemächtigt. Die in dem Bezirk stationierte Schutzmannschaft war zum Einreisen zu Schreck, sie mußte sich teilweise selbst in Sicherheit bringen. Die Oberländer brannen in Häuser ein, schossen blindlings in den Höfen herum, besetzten Hausumgänge und Dächer und richteten an verschiedenen Punkten waffenstarrere Stützpunkte ein. Die Schiere dauerte bis gegen Mitternacht. Sie wurde erst eingestellt, als eine Hundertschaft Landespolsizei und die Hauptkommando der Schutzmannschaft in Postwagen erschienen war. Und nun geschah das Ungarische, doch, ankam die schwer bedrängte Bevölkerung von den bewaffneten Aufzählern zu befreien, die von ihr zu Hilfe gerufene Polizei in Gemeinschaft mit den bewaffneten Bataillonen gegen die Bevölkerung vorzuzug. Die Bestwirtschosten, in denen die Arbeiter verlebten, wurden umstellt, die Gasse einer Selbstbesichtigung unterzogen, ebenso die Strohhallen. Der am Montag erschienene Postgelehrter spricht sich für die „nächsten Zusammenstöße zwischen einer Abteilung Oberland und linksgerichteten Personen, welche zu einer lebhaften Schiere führte, wobei ein Mann verletzt wurde“.

Der Fall Zeigner.

Der Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufzufordern, ihm ungefähr das Material zu unterbreiten, auf das sich seine auf dem Berliner Parteitag aufgestellte Behauptung von dem Bestehen einer moralischen Korruption in leitenden Berliner Parteikreisen gründet.

Der Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufzufordern, ihm ungefähr das Material zu unterbreiten, auf das sich seine auf dem Berliner Parteitag aufgestellte Behauptung von dem Bestehen einer moralischen Korruption in leitenden Berliner Parteikreisen gründet.

Der Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner aufzufordern, ihm ungefähr das Material zu unterbreiten, auf das sich seine auf dem Berliner Parteitag aufgestellte Behauptung von dem Bestehen einer moralischen Korruption in leitenden Berliner Parteikreisen gründet.

der photoelektrischen Zelle geleitet wird, die das Licht wiederum in elektrischen Strom umwandelt, dessen Stärke zu den einfallenden Lichtstrahlen in gleichem Verhältnis steht. Ohne jede mechanische Uebertragung gelangen diese Ströme, die wiederum durch einen Röhrenverstärker verstärkt werden, an das „Statophon“ genannte, besonders gebaute lautsprechende Telephon, bei dem Membranen unmöglich gemacht sind, so daß eine überraschend reine Wiedergabe der aufgenommenen Töne erfolgt, die genau mit den Bewegungen des auf die Membran geworfenen Bildes übereinstimmt. Nur bei den „S“-Tönen zeigte sich eine leise Unklarheit. Bei einer guten Aussprache fiel jedoch auch dieser kleine Mangel weg. Die Erfinder zeigten gestern das Ergebnis ihrer vierjährigen Arbeiten, die durch mehr als 500 Patente geschützt sind, einem gelehrten Kreise. Die Vorführungen verschiedenster Art befriedigten in jeder Hinsicht. Musikalische Darbietungen, Reden in verschiedenen Sprachen wurden mit großer Klarheit und in voller Uebereinstimmung mit den Bildern wiedergegeben. Sehr gut war der Vergleich der Aufnahme eines Violinlängeres durch den Film und durch die beste photographische Platte, der die phonographische Wiedergabe als minderwertig erkennen ließ.

Es wird in Zukunft möglich sein, Tonbildaufnahmen aller wichtigen Ereignisse und Personen zu machen, sie zu sammeln und so Szenen der Gegenwart späteren Geschlechtern wirklich lebendig vor Augen zu führen. Es fehlt nur noch die Wiedergabe der Bilder in naturgetreuen Farben. Auch das wird gelöst werden. So werden dann sterbliche Menschen durch diese Erfindung wahrhaft unsterblich sein. Man wird sie sehen und sprechen hören, so lange ein intelligentes Menschengeschlecht auf unserer Erde heimisch ist.

Krüppelfürsorge.

Wenn wir einen armen verkrüppelten Menschen am Straßenrande sitzen und betteln sehen, so erfüllt uns das Los dieses Unglücklichen mit Mitleid und wir fragen uns: Hätte man das Leben dieses Armen nicht in andere Bahnen lenken, ihm nicht, solange er noch jung war, die ganze oder doch teilweise Gesundheit seines Körpers verschaffen können? Und wenn wir dieser Frage weiter nachgehen, erfahren wir, daß in der Tat das Glend der meisten Krüppel durch rechtzeitige sachgemäße Behandlung hätte vermieden oder doch weitgehend gemildert werden können. Je früher die Heilbehandlung einsetzt, desto größer ist die Aussicht auf Erfolg.

Darum darf nicht gemartet werden, bis der Verkrüppelte selbst zur Einsicht seiner traurigen Lage kommt und den Wunsch nach Heilung äußert, denn dann ist es meist schon zu spät. In den ersten Jahren des Schulbesuches oder besser noch früher müssen die Krüppelkinder von den Lehrern, Fürsorgebeamten, Beisitzern und Ärzten ausfindig gemacht und deren Eltern über die hohe Bedeutung der frühzeitigen Behandlung aufgeklärt werden. Unwissenheit und Gleichgültigkeit sind gar oft bei den Angehörigen der Kranken schwer zu überwindende Hindernisse. Daneben spielt auch eine geheime Angst, es könnten dem Kinde durch die Behand-

lung zweifelhafte Schmerzen bereitet werden, oder die Rücksicht auf etwaige hohe Kosten eine wichtige Rolle. In allen diesen Fällen ist ein Sachverständigenurteil über die Heilmöglichkeit, Heildauer, Kosten und anderes das beste Mittel, die Angehörigen einwandfrei aufzuklären.

Es ist darum sehr zu begrüßen, daß in allen größeren Orten immer wieder Krüppelfürsorgegespräche und durch die Orthopäden der benachbarten Universitätsstädte abgehalten werden. Dortin kann jede Mutter mit ihrem Kinde auch vom Lande kommen ohne zu großen Aufwand an Zeit und Geld. Dort erklärt sie alles Wissenswerte über ihr Kind und dessen Krankheit aus erster Quelle und ist nachher gefeit gegen die marktstreuerischen Anpreisungen bestimmter einseitiger Behandlungsarten oder Apparate, die nur der Gewinnlust des Anpreisers, nicht aber dem Wohle des Kranken dienen! Wie oft kommt es noch vor, daß arme Familien an die Behörde sich wenden um Zuschüsse zur Bezahlung bestimmter Stützapparate oder elektrischer Maschinen, die sie sich haben anschaffen lassen, die ihnen aber nach der Art des Leidens nicht die geringste Besserung bringen können. Wenn dann das Gutachten des Amtsarztes die Ablehnung des Besuches beantragt, sind die Bittsteller empört über den hartbärtigen Bürokraten, der kein Mitleid für die Armen hat, denken aber nicht entfernt daran, daß die Schuld nur sie, ihre Unwissenheit und Leichtgläubigkeit trifft, ganz zu schweigen von dem verbrecherischen Vorgehen des Apparateverkäufers, der seine Anpreisungen gar oft wider besseres Wissen gemacht hat!

Die meisten Verkrüppelten sind bedingt durch Tuberkulose und durch die enge Krankheit. Wer gegen diese beiden Würgengel der Menschheit zu Felde zieht, kämpft also zugleich auch gegen das Krüppeltum! Aber wo wir einen Krüppel sehen, müssen wir ihn fragen: „Wartest du schon in der Krüppelberatungsstelle?“ Für diesen kleinen Liebesdienst ist er uns später vielleicht einmal von Herzen dankbar!

Volkshäuser G. V. Prof. Reichenberg wird im Bekleidungsamt an acht Sonntags-Abenden über Robert Schumanns Leben und Werke (mit musikalischen Erläuterungen) sprechen. Erster Vortrag: 30. Sept. abends 8 Uhr. Mittw. Prof. Egon Petri, Klavier.

Das Staatliche Schauspielhaus hat Eilias „Hedevig“ in den Spielplan aufgenommen. Die ersten Wiederholungen finden am 26. und 29. abends 7 1/2 Uhr statt.

Das Schauspieltheater bleibt im Friedrich-Wilhelm-Bädlichen, da es sich mit dem bisherigen Ensemble des Deutschen Theaters nicht hat einigen können.

Serenarium. Seit Jahren macht sich das Fehlen jedes Radwagens für lokale Verkehrsmittel, insbesondere aber für Horn bemerkbar. Die Direktion der Staatlichen Hochschule für Musik ist bereit, geeigneten Bewerbern für dieses Instrument besondere Förderung zuteil werden zu lassen. Bewerber unter 16 Jahren können in die der Hochschule angegliederten Orchesterklasse des Deutschen Musikerverbands aufgenommen werden, ältere können direkt in die Hochschule eintreten.

Ein „Jungfrau von Orléans“ von Shaw. Bernhard Shaw hat, wie der Manchester Guardian mitteilt, ein neues Drama vollendet, das im kommenden Winter in London aufgeführt werden soll und die Jungfrau von Orléans zur Heldin hat.

Das A und O.

Ein neuer kommunistischer Aufruf.

Die kommunistische Zentrale, die offen zum Kriege gegen Frankreich gemeinsam mit den Deutschnationalen und den Völkischen aufruft, die der Reichsregierung den schlimmsten Vorwurf daraus macht, daß sie durch Abbau des ausfindigsten gewordenen Widerstandes endlich eine Regelung des Ruhrkonfliktes herbeiführt, dieselbe kommunistische Zentrale hat die Stirn, an den Zentralvorstand der Vereinigten Sozialdemokratie und an die Vorstände des A.D.B., des A.F.U.-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes einen offenen Aufruf zu richten, der zu einer gemeinsamen Aktion mit den Kommunisten auffordert!

Um die genannten Arbeiterorganisationen dazu geneigter zu machen, schlägt sie ihnen zunächst folgendermaßen ins Gesicht:

Obwohl ihr bis zum letzten Augenblick die Cuno-Regierung unterliegt, obwohl ihr die große Koalition, die Regierung des Chaos, die Regierung der Entzündung des Bürgerkriegs in Deutschland ermöglicht hat, obwohl ihr mitschuldig sind an dem Herabdrücken der Katastrophe, richten wir an euch trotz alledem, da es sich um das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse handelt, folgende ernste Fragen...

Und nun kommt die Aufforderung, eine „gemeinsam durchzuführende proletarische Rettungsaktion“ zu machen mit dem Ziel der „Erfämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse!“ Als Kampfmittel wird vorgeschlagen der politische Generalstreik!

Generalstreik ist der Anfang und des Ende, das A und das O der Kommunisten. Generalstreik sagen sie, Krieg meinen sie, und den Krieg aller gegen alle bereiten sie vor! Damit sie auch Eindruck machen mit ihren „Anfragen“, drohen sie deshalb gleich in fürchterlicher Form:

„Wir warnen euch! Die Welle der Konterrevolution und der Revolution wird über euch hinweggehen! Ihr werdet blutig zahlen müssen, was ihr heute veräußert...“

Klare Antwort wird bis zum Mittwoch verlangt. Die großen Arbeiterorganisationen werden sich, „trotzdem sie mitschuldig sind“, also sehr beeilen müssen, um in die große Koalition mit den vom russischen Militärattaché Betroff bewaffneten Kommunisten aufgenommen zu werden!

Es ist allerdings richtig, daß wir sehr ernsten Stunden entgegengehen, und daß alle arbeitenden Kreise des Volkes möglicherweise ihren Mann zu stellen haben gegen faschistische und kommunistische Bürgerkriegsabsichten. Aber die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie werden die notwendige Abwehr solcher Bestrebungen organisieren müssen, ohne die kommunistische Zentrale um Rat zu fragen. Deren Treulosigkeit ist mittlerweile so bekanntgeworden, daß man ernsthafte Verhandlungen mit ihr nicht pflegen kann, ohne sich von vornherein die Hände zu binden. Die kommunistischen Arbeiter werden, davon sind wir überzeugt, sich im Ernstfalle in Reich und Glied stellen, wenn es sich um die Verteidigung der Republik handelt und es ablehnen, von ihrer Zentrale zu sowjetrussischen Sonderzwecken mißbraucht zu werden.

Daß die Kommunisten Vorspann für ihre Parteigeschäfte brauchen, haben sie erst dieser Tage bewiesen, als sie den Zeitungskopf des „Vorwärts“ zu einer Sonderausgabe der „Roten Fahne“ mißbrauchten. Sie setzten in kleiner Schrift das Wort „Lügen“ über den Titel „Vorwärts“ und verkauften dies Produkt sowjetrussischen Weines auf der Straße. Ein Kommunist der das Blatt im Bahnwagen einigen Parteigenossen mit frechen Redensarten auszuhandeln suchte, erhielt als Preis für seine Aufbringlichkeit einige Ohrfeigen. Was die „Rote Fahne“, die augenscheinlich ihren Straßenverkauf durch den „Vorwärts“-Kopf steigern wollte, sonst noch eingenommen hat, ist uns unbekannt.

Sowjetrussische Anmaßung.

Moskau, 23. September. (W.F.B.) Wie die Russische Telegraphenagentur meldet, berichtete der nach Moskau zurückgekehrte Volkskommissar für Finanzen, Sokolnikow, über seine Unterhandlungen in Berlin. Das Gesetz vom Jahre 1921, das die Einfuhr russischer Währung nach Deutschland verbietet, weil diese angeblich zur Ursache revolutionärer Wirren werden könnte und weil andererseits Deutschland vor der minderwertigen Währung Rußlands verschont werden sollte, habe jeden Sinn verloren. Habe Deutschland den Vertrag von Rapallo anerkannt, so habe es auch die Sowjetwährung anerkannt. (Red.) Bedenke man ferner die Versuche, jetzt an den deutschen Börsen die annullierten festverzinslichen russischen Papiere einzuführen, so könne eine solche Politik nicht als sowjetfreundlich bezeichnet werden. Sokolnikow wies ferner darauf hin, daß die Vermengung einiger Vergeltungsmassnahmen seitens Rußlands in den Bereich der Möglichkeit rücke, falls Rußlands Forderungen nicht erfüllt würden. Vielleicht werde die Einfuhr der deutschen Mark sowie deutscher Banknoten und Wertpapiere und auch ihr Umsatz verboten werden müssen. Auf Grund seiner Besprechungen mit dem deutschen Reichsminister des Äußeren in Berlin hofft Sokolnikow auf eine baldige Erledigung dieser Fragen.

Die hier wiedergegebene Kundgebung der offiziellen russischen Telegraphen-Agentur ist bezeichnend für die Ueberheblichkeit und Anmaßung, die die Vertreter der Sowjetregierung jetzt Deutschland gegenüber glauben an den Tag legen zu können. Herr Sokolnikow erklärt selbst, daß die bestehenden Differenzpunkte bald erledigt werden würden. Trotzdem läßt er durch seine Agentur mit „Vergeltungsmassnahmen“ drohen, wenn die russischen Forderungen nicht erfüllt werden. Und zwar geschieht das an demselben Tage, wo die russischen Waffenkäufe in Berlin aufgedeckt worden sind, die eine flagrante Verletzung des Rapallo-Vertrages bedeuten. Es würde für Rußland selbst vorteilhafter sein, wenn die Vertreter der Sowjetregierung schleunigst eine andere Politik Deutschland gegenüber einschlagen würden.

Republik Türkei.

Konstantinopel, 25. September. (eca.) Die Nationalversammlung hat gestern in geheimer Sitzung den Entwurf besprochen, in dem die endgültige Form der türkischen Staatsverfassung festgelegt werden soll. In ununterrichteten Kreisen wird angenommen, daß der Gesetzentwurf die republikanische Staatsform vorzieht. Das Staatsoberhaupt wird den Titel eines Präsidenten führen und mit ausgedehnten Vollmachten ausgestattet sein. Als erster Präsident wird Mustafa Kemal genannt.

Der Pachtlich-Attentäter Apotheker Milan Rajisch wurde zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Erwerbslose spricht!

Immer wieder tauchen in der Presse Bemerkungen auf, die den Eindruck erwecken können, als ob es den Erwerbslosen zu gut gehe. Wir nagelten kürzlich eine solche Äußerung des „Volks-Ringlers“ fest. Auf unsere Reizigen bin erhielten wir eine Reihe von Zuschriften, von denen wir die folgende wegen ihrer großen Sachlichkeit, die die Verhältnisse ohne jedes Beiwerk schildert, veröffentlichen. Die Red. d. „Vorwärts“.

„Da man überall Stimmen hört, wie „gut“ es den Erwerbslosen geht, möchte ich, als einer von Tausenden, einmal einen kleinen Ueberblick über das Leben eines Erwerbslosen geben. Meine letzte Unterstützung, die ich am Freitag, den 21. September, erhielt, betrug pro Tag 6 Millionen Mark, also für die Woche 36 Millionen Mark zuzüglich einer Nachzahlung von 3 Tagen der Vorwoche, insgesamt also 47 Millionen 910 Tausend Mark. Davon laufe ich mir

| | |
|------------------------------|----------------------|
| 1 Brot auf Marken | 7 000 000 M. |
| 1 Brot ohne Marken | 14 000 000 „ |
| ¼ Pfund Margarine | 15 000 000 „ |
| | 36 000 000 M. |

Es bleiben mir mithin noch 11 Millionen 910 Tausend Mark. Davon soll ich bestreiten Mittagbrot, Seife zum Waschen, ich muß mir auch mal die Stiefel putzen. Ich muß mich auch, um nicht wie ein Wilder herumzulaufen, mal rasieren lassen, Haare schneiden. Die Stiefel bleiben auch nicht ganz, ebenso die Sachen, wie teuer ist das Garn, um etwas nähen zu können. Ich wohne nun allerdings bei meinen Eltern, die mich so gut und schlecht es eben geht, unterstützen müssen. Mein Vater arbeitet auch nur drei Tage. Ein Bruder von mir arbeitet auch nur drei Tage, ein anderer Bruder ist ebenfalls erwerbslos, der also ebenfalls auf die Unterstützung meiner Eltern angewiesen ist. Wie müssen wir also nun zu Hause leben. Man vergißt manchmal direkt, daß man noch ein Mensch ist. Fleisch gibt es schon monatelang nicht. Es gibt Kartoffeln, eine Mehlsuppe dazu. Dann gibt es wieder mal Weizenbrot, Mohnbrühen, Kartoffelsuppe mit jedesmal etwa ¼ Pfund Talg angebraten. Das sind nun Mittagessen, von denen also 5 Personen bestehen sollen. Wie kann man da noch von einer „reichlichen“ Unterstützung der Erwerbslosen reden. Es ist doch schon wirklich ein Hundeleben, das man führen muß. An Durst zum Brot kann man gar nicht mehr denken, ja man kann sich nicht mal einen einfachen Hering dazu kaufen. Und warum muß man nun so leben, warum bin ich arbeitslos, wegen Arbeitsmangel entlassen, also nicht durch eigene Schuld. Es muß also dringend Abhilfe geschaffen werden. Es muß für Arbeit gesorgt werden, denn wir wollen arbeiten, oder man muß uns mindestens so unterstützen, daß man nicht in Gefahr kommt, vollständig zu verhungern.“

Die Kartoffelpreise.

Eine Preisfeststellungskommission unter Polizeikontrôle.

Ueber die Preisbildung im Kartoffelgroßhandel in der vergangenen Woche erfahren wir von der Bucherabteilung des Berliner Polizeipräsidenten, daß die Preise für ein Pfund Kartoffeln in der vorigen Woche nach Tausender ausgedrückt betragen: am Montag 330—350, am Dienstag 430—450 (Frachterhöhung), am Mittwoch 490—510, am Donnerstag 530—550, am Freitag 490 bis 510. Es sieht also fest, daß sich bei in den beiden letzten genannten Tagen vollzogene Dollarrückgang nur sehr schwach ausgeprägt hat und daß gleichzeitig mit dem Sturz des Dollars unabhängig von der landlichen Produktion eine Erhöhung der Einkaufspreise vorgenommen worden ist. Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten hat sich eine Preisfeststellungskommission der Berliner Kartoffelgroßhändler gebildet, die täglich bei den einlaufenden Kartoffelungen bereits auf den Bahnhöfen Durchschnittspreise errednet. Diese Preise werden durch einen besonderen Sachmann der Bucherabteilung regelmäßig nachgeprüft. Zu den Großhandelspreisen tritt dann der amtlich ebenfalls festgesetzte und nachkontrollierte Kleinhandelszuschlag. Diese Preise dürfen die obige Grenze nicht überschreiten. Wenn nach unten hin in der Preisfestsetzung Differenzen zu beobachten sind, so ist das darauf zurückzuführen, daß die preisbildenden Faktoren wie Frachten, Beförderungstage usw. bei den verschiedenen Sendungen nicht einheitlich sein können. Das Publikum wird oft irre, grundfänglich und in allen Fällen, wo Preisdifferenzen festgestellt werden, Bücher zu vermuten. Die auf diese Weise ermittelten Preise gelten verbindlich für 24 Stunden für den Groß- und Kleinhandel. Die Preise werden morgens früh den Redirektoren zugeleitet, die einsehend darüber unterrichtet sind, daß sie eine Ueberschreitung der Preise nach oben nicht dulden dürfen, sondern energisch einzuschreiten haben.

Die verkauften Kriminalbeamten.

Ein aufregender Vorfall führte die Händlerin Endemann vor das Schöffengericht Berlin-Mitte. Eines Tages meldeten sich bei ihr zwei gut gekleidete Herren, die sich als Kriminalbeamte bezeichneten und auch ihre Dienstmarken vorwiesen. Sie erklärten, bei ihr eine Hausdurchsuchung vorzunehmen zu müssen. Die Angeklagte will aber den Eindruck gehabt haben, daß es sich um falsche Kriminalbeamte gehandelt habe. Sie wollte nun das Ueberfallkommando herbeirufen, wurde aber von den Beamten daran gehindert. Dabei kam es zu erregten Austritten. Die Händlerin schrie und tobte, so daß die Beamten, die wirklich „echt“ waren, sich genötigt sahen, sie zur Wache mitzunehmen. Hier wurde von ihr die Herausgabe der Schlüssel zum Laden verlangt, damit in ihrer Abwesenheit die Hausdurchsuchung vor sich gehen könne. Frau Endemann verweigerte jedoch die Herausgabe der Schlüssel und es kam zu einem Ringkampf zwischen den Beamten und Frau E. Diese Tragikomödie führte Frau E. wegen Ueberfalldes und Körperverletzung auf die Anklagebank. Das Schöffengericht sprach sie frei, der Staatsanwalt habe aber wegen Verletzung eingeleitet. N.A. Bahn beantragte vor der Strafkammer die Verurteilung der Verurteilung, indem er ausführte, daß keinem Staatsbürger die Anrufung des Ueberfallkommandos verweigert werden dürfe, da in der heutigen Zeit nur zu oft Verdreher unter der Maske von Kriminalbeamten auftreten. Endlich sei es unzulässig, der Frau die Schlüssel mit Gewalt fortzunehmen, da die Öffnung des Ladens auch durch einen Schloffer hätte bewirkt werden können. Die Strafkammer schloß sich diesen Ausführungen an und kam ebenfalls zur Freisprechung.

Selber der Alten.

Immer wieder laufen Mitteilungen ein, die von dem Opfermitleid der kleinen Laubentkolonisten zeugen. Diese Laien bedürfen keiner öffentlichen Anerkennung, sie sprechen für sich selbst. Wir haben über alle diese Spenden nur berichtet, um zu edlem Weitzreit, zur Nachahmung anzuregen. Gewiß kann durch solche Gaben die wirtschaftliche Lage der Alten nicht dauernd gehoben werden. Aber diese Spenden sind ein Lichtblick für sie. Sie sehen, daß andere an sie denken und lassen erkennen, daß Menschlichkeit doch noch nicht ganz gestorben ist. — Am 19. Bezirk hat der Verein „Klein- tierzucht“ Berlin-Brandenburg eine reiche Sammlung veranstaltet, die an Bedürftige des Bezirks verteilt wurden. Stadtrat Genosse Wülig sprach dabei dem Vorstehenden des Vereins, Genossen Lucht, seinen herzlichsten Dank aus. Auch der Gartenbauverein „Eintracht“ beschränkte auf seiner in Bankow am Andreasplatz gelegenen Kolonie etwa 50 notleidende Arbeitsbrüder vom Bezirksamt Wedding, als dessen Vertreter Stadtrat Kullisch den Spendern seinen Dank übermittelte. Eine andere Laubentkolonie im Norden Berlins, der Pflanzerverein „Schmuckstrahe“, an der Behm- Ecke Malmer Straße, teilte ebenfalls von seiner Ernte

den Alten reichlich mit, trotzdem auch hier viele der Kolonisten unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu leiden haben. Im Bezirksamt Friedrichshagen hat die Kolonie „Alt-Bichsenberg“ etwa 80 alte Leute reichlich beschenkt. Im Bezirk Reinickendorf Ost-West wurden durch die Kolonie Neuland-Humboldt-Betten etwa 40 Arme mit Feldfrüchten und anderem beschenkt. Der Dank der Beschenkten wurde allen Gebern in reichem Maße zu teil.

Ehrhardts Getreue.

Die „Reitervereine“ im Kreise Osthavelland.

Mitglieder der „Reitervereine“ aus dem Kreise Osthavelland, die diese Landwirte zu den ihrigen zählen, bereiten sich langsam auf die „Gegenrevolution“ vor. Diese Herrschaften fanden sich vor einigen Tagen in Rienberg (an der Bahn Nauen—Oranienburg) in einem Saal der dortigen Flodenfabrik zusammen, um eine Verteidigung vorzunehmen. Die feudalen Leute, die mit blauen weißen Abzeichen geschmückt waren, taten sehr geheimnisvoll und wollten nicht sagen, was hier vor sich gehen sollte. Doch stand fest, daß der Pfarrer von Königshorst den Getreuen Ehrhardts einen gewissen Schwur aufzulesen hatte. Nachdem dieses gelesen war, durchflogen leuchtige Mannesworte die Luft und die Ausführungen, wie: „Wir können und werden keine Steuern mehr bezahlen“, oder „Sie sollen man nur kommen, einige Tage haben die Herrschaften noch Gassenfriß“ zeigten, was für Geistesfinder sich hier versammelt hatten. Als erfreuliche Tatsache muß gebucht werden, daß nicht alle Landwirte des Kreises Osthavelland dem Rufe der verkappten Faschisten, die unter dem harmlosen Namen „Reitervereine“ den Boden der Republik zu untergraben versuchen, Folge leisten. Klar und eindeutig haben diese vielen offenen Verräter am deutschen Volke abgelehnt. Nun noch eine Frage: Welcher Landrat des Kreises nichts davon, was in seinem Bereich geschieht? Hat er der Regierung Bericht erstattet? Welche Maßnahmen wird die Regierung ergreifen?

Versammlung der Kriegsoffiziere.

Am Sonntag fand auf Einladung des Reichsbundes im Schuttsch-Ausshaus in der Hasenheide eine Protestkundgebung der Kriegsbeschädigten und Kriegserhinderbliebenen statt. Pfändner vom Bundesvorstand des Reichsbundes referierte über „Zahlung wertbeständiger Renten, gegen die Herabdrückung der sozialen Fürsorge zur Armenpflege“. Seine Rede forderte in der Hauptsache schnelle Zahlung der Renten. Erhöhungen, die schon Anfang September fällig waren, seien jetzt noch nicht gezahlt. Entweder müsse durch Vereinfachung des Zahlungsverfahrens eine mögliche Zahlung durch die Post herbeiführt werden, oder die Kriegserntner müßten, wie die Landwirte für ihre Getreide, wertbeständiges Geld erhalten. Eine Einziehung, in der die Zahlung wertbeständiger Renten und die ausreichende Finanzierung der sozialen Fürsorge verlangt wird, fand gegen wenige Stimmen, die eine noch schärfere Form wünschten, Annahme. Ferner verlangten die Versammelten die Erfüllung der übrigen, dem Reichsstandar unter dem 8. September übermittelten Forderungen. Nach Schluß der Versammlung versuchte ein wilder kommunistischer Redner, unter Mißbrauch der orenwärtig in großem Maße bei den Kriegsoffizieren bestehenden Erbitterung, zu der Versammlung zu sprechen. Er fand aber nur wenige Zuhörer.

Spernung der Mieteingangsämter?

Es verlautet, daß die Groß-Berliner Mieteneingangsämter nach dem 1. Oktober für sechs Wochen gesperrt werden sollen. Zum 1. Oktober ist eine Neuwahl sämtlicher Beisitzer erforderlich. Angeblich sind die Wahlvorschriften nicht rechtzeitig bekanntgemacht. Zwar ist angesetzt worden, die Mieteneingangsämter noch über den 1. Oktober hinaus mit den bisherigen Beisitzern setzen zu lassen. Es könnten dann aber leicht sämtliche Beschlüsse als formell nicht zu Recht erfolgt, angefochten werden. Um dies zu vermeiden, besteht die Absicht gänzlicher Sperrung. Wer ist für das Versehen, wenn es beantragen wurde, verantwortlich? Die sechsmonatige Sperrung würde in vielen Klagenfällen durch die Geldentwertung für Vermieter oder Mieter einen gewaltigen Vermögensverlust bedeuten.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Genossen Subke findet morgen, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuen Marienkirchhof, Prenzlauer Allee 7, statt. Große Beteiligung wird erwartet.

Ein Mord in Götlich beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Dort wurde die 24 Jahre alte Arbeiterin M. Brückner aus der Mittelstraße 18 in ihrem Bett ermordet aufgefunden. Als Täter kommt der 23 Jahre alte Bäcker Emil Liebding in Frage, der mit ihr ein Verhältnis unterhalten hatte. Nach der Tat ist er dann geflohen. Er soll sich nach den Ermittlungen der Götlicher Polizei nach Berlin gewandt haben, wo jetzt auf ihn gefahndet wird. Der Gefahnte ist klein, hat braunes Haar und einen Anflug von Schnurbart und trägt einen graubraunen Jacketanzug, einen ebensolchen Stoffhut und schwarze Schnürschuhe.

Die Rückkehr Berliner Kinder aus Ostpreußen. In dem Morgenblatt vom 20. September ist die Ankunft der Berliner Kinder aus Ostpreußen, und zwar aus dem Kreisen Sensburg und Orisburg am 25. September, zweimal abgedruckt. Für das eine Mal muß es heißen: aus den Kreisen Ost-West und Braunsberg am 27. September.

Das Städtische Weltpanorama in der Lange Straße 76 zeigt in der kommenden Woche drastische Aufnahmen vom Strande der Ostsee, aus Raddot und Umorend. Außerdem machen wir eine Reise von Grief zum Watterhorn und besonders die Gletscherriesen der Alpen. Welschen Annahmen der Besucher laugend, hat die Leitung des Kunstinstituts beschlossen, daß in Zukunft bei Verkauf einer Familienkarte statt 6 Reisen, 8 Reisen befristet werden können.

Die Aufgaben der Sozialisten und Pazifisten. Heute abend 7 1/2 Uhr spricht Hauptmann v. Beerstabe im Kaiserhof „Wilmersdorf“, Potsdamer Straße, über: „Die Aufgaben der Sozialisten und Pazifisten in der gegenwärtigen Krise“.

Ein schweres Erdbeben ereignete sich am Sonntag in Kerman (Persien) um 1 Uhr morgens. Der erste Stoß dauerte zwei Minuten, und im Verlaufe von anderthalb Stunden folgten vier weitere Stöße. Der Schaden an Gebäuden ist beträchtlich, Tote sind nicht zu beziffern.

Reverent Berichten aus Teheran zufolge hat das bereits gemeldete Erdbeben in der Provinz Khorassan schwere Zerstörungen hervorgerufen. Mehrere Dörfer sind vollkommen vernichtet. Die letzten Nachrichten sprechen von 123 Toten und mehreren Verwundeten.

Landung eines deutschen Ballons in Holland. In Wosdendorp bei Groningen ist in der vergangenen Nacht ein deutscher Luftballon gelandet. Dabei wurden ein Arbeiterhaus und Telefonleitungen schwer beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis Kreuzberg. Zu der heute abend anstehenden Beforderung bei Heim haben nicht die Abteilungsleiterinnen sondern die Abteilungsleiter zu erscheinen.

Morgen, Mittwoch, den 26. September:

2. Abt. 1/2 Uhr, bei Ohnmacht, Kommandantenstr. 88, Vortrag des Genossen Silbermann: „Die politische Lage“.

17. Kreis, Bismarckstr. 7 Uhr, Schule Martitz. 17/18, 27. Septemberabend Tagungsabteilung: Unsere Winterarbeit. Referentin: Genossin Anna Lohndorfer.

